

Verantwortl. Redaktoren: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Verleger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg a. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Eine neue Seemanns-Ordnung.

Der von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebrachte Entwurf einer neuen Seemannsordnung bezweckt eine weitgehende Abänderung der durch das Gesetz vom 27. Dezember 1872 eingeführten, jetzt bestehenden Seemannsordnung. Eine Begründung ist dem Entwurf nicht beigegeben. Wir begnügen uns vorläufig mit einer kurzen Uebersicht der hauptsächlichsten Abänderungen. Von allgemeiner Bedeutung ist zunächst die Fassung des Begriffs „Seemannschaft“ in den einschlägigen Bestimmungen. Die bestehende Seemannsordnung unterscheidet zwischen „Seemannschaft“ und Personen, die ohne zur „Seemannschaft“ zu gehören, auf einem Schiffe als Maschinisten, Aufwärter oder in anderer Eigenschaft angestellt sind, beispielsweise als Heizer oder Trümmen, wenn sie ihnen ausserordentlich dieselben Rechte und Pflichten einräumt. Sodann ist die Abänderung durch Vermittler nicht verboten. Dem gegenüber bestimmt der eingebrachte Entwurf:

„Zur „Seemannschaft“ (Mannschaft) gehören alle auf einem Schiffe angestellten Personen der Schiffbesatzung, auch die als Schiffs-offiziere, Maschinisten, Feuerleute, Aufwärter oder in anderer Eigenschaft angestellten Personen, mit alleiniger Ausnahme des Schiffers. Zu Schiffsoffizieren dürfen nur Personen ernannt werden, welche die vorgeschriebenen Prüfungen bestanden haben. Die Vorgesetzten auf einem Schiffe bestimmen der Schiffer; derselbe hat die ersten den übrigen Schiffselementen vor dem Austritt der Reise bekannt zu geben. Die Abänderung der Seemannsordnung darf nur durch den Schiffer persönlich oder durch den Abwehrer erfolgen; die Abänderung durch Mittelpersonen ist unzulässig.“

Eine zweite wesentliche Aenderung betrifft die Seemannsämter; es sind ihrer im Bundesgebiet im Ganzen 103, je eins in jedem Seehafenplatz an der deutschen Küste von irgend welcher Bedeutung; sie fertigen die von den Schiffselementen zu füllenden Seefahrtsbücher aus, sie haben die Aufgabe, die zwischen diesen und dem Schiffsführer getroffenen Abreden über Dienstantritt und Austritt festzustellen, Streitigkeiten zwischen beiden vorbehaltlich des Rechtswegs zu entscheiden, schließlich Uebertretungen der Schiffselemente zu unterzuchen und in vorläufiger Festsetzung zu bestrafen. Bisher steht die Errichtung dieser Ämter unter der Aufsicht der Bundesstaaten; das Reich hat nur die Oberaufsicht über die Geschäftsführung. Demgegenüber stellt der Entwurf die Forderung auf:

„Die Errichtung und Verwaltung von Seemannsämtern sowohl im Inlande als auch im Auslande wird durch ein besonderes Reichsgesetz geregelt, das gleichzeitig ein Ober-Seemannsamt als Reichsbehörde einzuführen hat. Auch die Seemannsämter sind Reichsbehörden.“

Abgeändert sind ferner in den Bestimmungen über das Vertragsverhältnis die Paragraphen, welche Arbeitsverpflichtungen des Schiffsmannes regeln. Der Entwurf besagt:

„Der Schiffsmann ist verpflichtet, in Ausübung des Schiffsdienstes alle ihm seitens des Schiffers oder seiner sonstigen Vorgesetzten übertragenen Arbeiten zu verrichten, für welche er sich durch den Hauervertrag verpflichtet hat. Zu Arbeiten anderer Art ist er nur in Fällen der Noth verpflichtet. Notharbeit wird als Ueberstundenarbeit berechnet. Der Schiffsmann hat seinen Verpflichtungen unter allen Umständen, sowohl an Bord des Schiffes und in dessen Booten als auch in den Ueberschiffen und auf dem Lande nachzukommen. Unter gewöhnlichen Umständen löst eine Woche die andere in der Arbeit ab. Ohne Erlaubnis des Schiffers oder eines Schiffs-offiziers darf der Schiffsmann das Schiff nicht verlassen, doch darf ihm außer der Arbeitszeit, wenn nicht triftige Gründe vorliegen, die Erlaubnis nicht verweigert werden. Auch ist ihm der Zeitpunkt der Rückkehr stets anzugeben. Ist dies unterbleiben, so reicht der Urlaub bis zu dem Zeitpunkt, mit welchem am anderen Tage die Arbeit beginnt. Wenn das Schiff in einem Hafen liegt, so ist der Schiffsmann an Sonn- und Festtagen nur in Fällen der Noth und an Werktagen nicht länger als acht Stunden zu arbeiten verpflichtet. Wache geben gehört zur Arbeit. Tretet Nothfälle ein, so werden dem Schiffsmann für seine Arbeit einschliesslich der Wachstunden Ueberstunden berechnet. Die Art und Dauer der Notharbeit ist in das Schiffsjournal vom Schiffer einzutragen.“

Zur Zeit lautet die Verpflichtung auf alle für Schiff und Ladung übertragene Arbeiten. Ferner darf der Schiffsmann das Schiff ohne Erlaubnis des Schiffsoffiziers überhaupt nicht verlassen und muss, wenn ihm Erlaubnis erteilt, aber keine Zeit festgesetzt ist, nach vor 8 Uhr Abends zurückkehren. Die von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagenen Aenderungen sind keineswegs unbedeutend. Was bezieht sich auf die Noth? Der achtstündige Arbeitszeit dürfte sich im Schiffsdienst noch weniger einfügen lassen, als anderwärts. Wohin soll das führen, wenn der Schiffsmann sich unter den genannten Umständen dem Urlaub bis zum folgenden Tage verlängern kann, um dann möglicherweise arbeitsunfähig, die Arbeit zu beginnen? — Vollständig neu ist nachstehende Bestimmung:

„Jedes Schiff ist vor seiner Ausreise aus einem deutschen Hafen vom Seemann einer Prüfung darüber zu unterziehen, ob das Schiff in seetüchtigem Zustande, gehörig eingerichtet und ausgerüstet, gehörig bemannt und verproviantirt ist, ob die Vorräthe an Speise und Getränken genügend und im guten Zustande sind, ob die Gerätschaften zum Kochen und Waschen tüchtig, ob Seemann nach Seemannsgebrauch gebräut, ob das Schiff überladen ist, ob es mit dem nöthigen Ballast und der erforderlichen Garnierung versehen ist. Vorhandene Mängel hat das Seemannsamt ausstellen und bis zur Abstellung der Mängel das Anlaufen des Schiffes zu verhindern.“

Ueber jeden nach Austritt des Schiffes ein tretenden Todesfall soll der Schiffsführer unter Anzeigung nach nur eines Schiffsoffiziers, sondern auch eines „anderen vollbefähigten Schiffsmannes“ ortsständigen Nachweis schaffen über Name, Zeit, Ort, Alter und Todesart; der Schiffer soll für die getreue Abfertigung der Nachlass des Seemanns haftbar sein.

Die „Disziplinarbestimmungen“ sind dahin erweitert, dass die Uebertragung der dem „Schiffer“ zuführenden Disziplinarergewalt auf eine dritte Person unzulässig sei und jede disziplinarische

Strafe von Schiffen selbst in das Schiffsjournal eingetragen werden soll. Weniger verständlich vom Gesichtspunkte der Disziplin, als von dem der sozialdemokratischen Agitation aus ist nachstehender Zusatz:

„Die Schiffer und Schiffselemente haben das Recht, sich zum Zwecke der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu versammeln und Vereine zu bilden. Sämtliche der freien Ausübung dieses Rechtes entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen werden hiermit aufgehoben. Wer die Ausübung dieses Versammlungs- und Vereinigungsrechtes hindert oder zu hindern sucht, wird mit Gefängnis bestraft.“

Recht mechanisch ist bei der Abänderung der Strafbestimmungen verfahren worden. Größtenteils Verletzung der Dienstpflichten zieht für den Schiffsmann in einer Reihe näher ausgedehnter Strafbestimmungen bis zum Betrag einer halben Monatsbezahlung nach sich. Die Verfeiner des Entwurfs haben ohne Rücksicht auf die Anwendbarkeit dieser Bestimmungen durch einfache Einfügung der betreffenden Worte aus dem Schiffer unterworfen. Merkwürdig ist § 85. Wir geben hier die Erweiterungen:

„Der Schiffer hat jede Verletzung der Dienstpflicht, sowie jeden Verfall, dessen Aufnahme ein Schiffsmann beantragt, sofort mit genauer Angabe des Sachverhalts in das Schiffsjournal einzutragen und, wenn thunlich, dem Schiffsmann von dem Inhalt der Enttragung unter ausdrücklicher Hinweisung auf die Strafbestimmung des § 84 Mitteilung zu machen und diese Mitteilung sich vom Schiffsmann beglaubigen zu lassen. Die Unterzeichnung durch den Schiffsmann ist kein Beweis dafür, dass eine Verletzung der Dienstpflicht wirklich stattgefunden hat.“

Aus den weiteren Bestimmungen sei noch eine als charakteristisch für den ganzen Entwurf hervorgehoben; sie lautet: „Ein Schiffsmann, welcher den wiederholten Dienstbefehlen des Schiffers oder eines anderen Vorgesetzten den schuldigen Gehorsam verweigert, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zweihundert Mark bestraft.“ — Die bestehende Seemannsordnung verhängt die genannte Strafe, wenn schon dem wiederholten „Befehl“ der schuldige Gehorsam verweigert wird. Die Disziplin wird schwerlich dadurch gefördert, dass die Mannschaft verurteilt wird, zwischen „dienstlichen“ und anderen Befehlen zu unterscheiden. Das Gegenstück zu diesen Abänderungen ist eine sorgsam ausgearbeitete Reihe von Strafen, die über den schuldigen Schiffer verhängt werden können. Wir geben zunächst nicht näher darauf ein; der Reichstag wird die Neuerungs-Vorschläge auf das berechnete Maß zurückzuführen haben. Unterzeichnet ist der Entwurf an erster Stelle von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Schwarz; er ist jetzt Speisewirth in Lübeck und war zuvor Schiffsoffizier.

Deutschland.

Berlin, 27. Februar. Ein deutscher Bundesfürst, der zu den bewährtesten Anhängern des neuen Reichs zählt, vollendet heute, am 27. Februar, das vierzigste Jahr seiner Regierung: Großherzog Peter von Oldenburg. 1827, am 8. Juli geboren, lag der damalige Erbprinz von Oldenburg mit Eifer den Universitätsstudien in Leipzig ob — gleichzeitig mit dem damaligen Erbprinzen, jetzigen Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg —, als ihn die Aufregungen der Kämpfe von 1848 in sein Land zurückriefen. Er hat dann in Gemeinschaft mit seinem Vater, dem besten absoluten Herrscher des Großherzogthums, ein gerechtes Verfassungsleben in Oldenburg begründet und ist auch als Großherzog, der 1853 seinem Vorgänger, dem konstitutionellen Regimente stets rückhaltlos treu geblieben, wie er nicht minder seit der Zeit, wo es für die deutschen Fürsten galt, Farbe zu bekennen, immer ein ergebener Freund Preussens und der nationalen Politik gewesen ist. Großherzog Peter ist, was die Dauer seiner Regierung anlangt, nur schon an vierter Stelle von oben; ihm voraus an Herrscherjahren gehen nur noch der Herzog von Koburg, der Fürst von Waldeck, der Großherzog von Baden — ihm zunächst folgt der Großherzog von Weimar. Die Zukunft seines Hauses steht nur auf vier Augen. Sein einziger Bruder (Halbbruder), aus des Vaters dritter Ehe, während er allein der zweiten Ehe entstammt und in der ersten nur zwei Töchter geboren wurden, Herzog Einar von Oldenburg ist eine morganatische Verbindung eingegangen, ebenso wie eine Schwester, die verstorbenen Baronin Washington die andere Schwester, Königin Amalie von Griechenland, starb kinderlos. Großherzog Peter selbst aber hat aus der Ehe mit Prinzessin Elisabeth von Sachsen-Altenburg nur zwei Söhne, deren jüngerer, der jetzt im 38. Jahre stehende Herzog Georg Ludwig keine Familie begründen dürfte, während der Erbprinz, Herzog August aus seiner Verbindung mit Prinzessin Elisabeth von Preußen (der älteren Schwester Prinz Friedrichs Leopolds) nur eine Tochter am Leben hat, die zur Zeit 14-jährige Herzogin Sophie.

Der Eintritt Althwards in den Reichstag vollzog sich vorgestern völlig unbemerkt. Herr Althward hielt sich an der Seite seines Gesinnungsgenossen Pridemach zunächst in den Nebenräumen auf und nahm dann im Saale neben demselben Platz. Niemand nahm von ihm Notiz.

Die unabhängigen Sozialisten planen eine größere Agitationsreise durch Rheinland und Schleswig-Holstein. Sie glauben, das augenblicklich der Boden gut vorbereitet sei.

Vom Major v. Wissmann sind, wie die „Frankf. Dörz.“ meldet, am 24. d. Mts. vom Kaiserliche Nachrichten eingelaufen, die bis zum 28. Dezember reichen. Wissmann hat zwar den See erreicht, doch befindet er sich angeblich körperlich so schlecht, daß er sich selbst schlimmen Verletzungen hingibt.

Der Bericht der Aufstellungskommission für Polen und Westpreußen pro 1892 weist eine gesteigerte Nachfrage seitens der Bewerber und auch eine durchschnittliche Erhöhung des nachgewiesenen Vermögens nach. Das Verhältnis der Angehörigen der Aufstellungsprovinzen zur Gesamtzahl der Bewerber beträgt auch in diesem Berichtsjahre wieder 37 Prozent. Im Bureau der Aufstellungskommission für Polen haben vorgeschrieben 219 Bewerber. Mit Aufstellern wurden im Berichtsjahre abgeschlossen 309 Paktationen. Angezogen sind davon 174 Aufsteller, den Zuschlag haben erhalten und werden im Frühjahr 1893

anziehen 96 Aufsteller, zusammen 270 Aufsteller. Der Rest von 39 Paktationen ist noch nicht genehmigt, da die Antworten auf die Personalnachfragen noch ausstehen. Mit dem Jahre 1891 verglichen, hat sich die Zahl der angeworbenen Aufsteller von 193 auf 270, also um etwa 40 Prozent gehoben. Diese erhebliche Steigerung im Aufstellungsgeschäfte ist dem durch vermehrte Ausarbeitung von Aufstellungsplänen erhöhten Angebote von Aufstellern zu verdanken. Zum Beweise dessen wird darauf hingewiesen, daß die Planaufstellung der technischen Abteilung, bezw. der Generalkommission zu Bromberg das mit dem eigentlichen Aufstellungsverfahren betraute Bureau der Aufstellungskommission alljährlich mit folgendem Plankontingente versehen hat, und zwar: 1. im Jahre 1892 mit 18 Aufstellungsplänen zu 10 182 Hektar Areal, 2. im Jahre 1891 mit 7 Aufstellungsplänen zu 2526 Hektar Areal, 3. im Jahre 1890 mit 5 Aufstellungsplänen zu 2368 Hektar Areal, 4. im Jahre 1889 mit 10 Aufstellungsplänen zu 7017 Hektar Areal, 5. im Jahre 1888 mit 11 Aufstellungsplänen zu 5162 Hektar Areal, 6. im Jahre 1887 mit 12 Aufstellungsplänen zu 6251 Hektar Areal.

Halle a. S., 26. Februar. (W. T. B.) Die heute hier stattgehabte Versammlung der allgemeinen Dringungsabteilung folgte der Resolution: „Die Vermehrung unserer militärischen Streitkräfte ist angesichts der immer bedrohlicheren und gewaltigeren Rüstungen anderer europäischer Großmächte zur Sicherung des deutschen Vaterlandes, wie zur Sicherung des europäischen Friedens, eine unabwendbare Nothwendigkeit.“ Ferner wurde eine Petition an den Reichstag beschlossen, der Reichstag wolle der Militärvorlage der verbundenen Regierungen seine Zustimmung erteilen.

Aus dem Saarrevier, 24. Februar. Man erinnert sich, daß vor Ausbruch des jüngsten Bergarbeiter-Ausstandes und während desselben so häufig in Versammlungen die Rede von Hungerlöhnen war, mit denen die Bergleute in neuerer Zeit wieder fühllos nehmen müßten. Eine treffende Illustration zu dieser Bezeichnung liefern die Aussagen einiger der Abgelegten, welche im Auslande Arbeit suchten und Frankreich und Luxemburg nach solcher durchzogen, insofern bald wieder zurückkehrten. Mancher Ort, so erzählt er, hätten sie in Arbeit treten können, man habe ihnen aber Löhne von 1,50, 1,80, höchstens 2 Mark geboten und eine tägliche Arbeit von 10 bis 12 Stunden verlangt. Da sind doch die Löhne und Arbeitsbedingungen auf unsern französischen Gruben glänzende im Vergleich mit jenen zu nennen, dies auch jetzt noch, obgleich sie leider immer noch eine absteigende Richtung zeigen. Doch steht sich ein Bergmann bei Fleiß und Geschick auch jetzt noch im Allgemeinen weit besser als der Arbeiter in anderen Industriezweigen. Der Durchschnittslohn eines Hanners beispielsweise betrug im Saarrevier nach amtlicher Angabe für den Monat Dezember vorigen Jahres 4,36 Mark. Das ist gewiß kein Hungerlohn!

Osnabrück, 25. Februar. Graf Caprivi, der der Chef des heiligen 78. Regiments ist, telegraphierte auf einen Geburtstagswunsch an den Oberbürgermeister Willmann, er wüßte noch von ganzer Seele das Gelingen der Militärvorlage und hoffe, das deutsche Volk werde deren Werth für sein Dasein und seine Zukunft erkennen.

Gagen, 25. Februar. An der heute hier abgehaltenen Harfort-Feier nahmen dreihundert Lehrer der Mark Theil. Die Feier verlief glänzend.

Wiesbaden, 26. Februar. (W. T. B.) Die Sängerin Hermine Spieß-Hartmuth ist heute gestorben.

Gotha, 25. Februar. Gegen den Redakteur Boshart soll auf Veranlassung des Staatsministers Strafrecht gerichtlich wegen Beamtens-Beleidigung eingeschritten werden auf Grund der Veröffentlichung über die Zustände in der Jähersbühnen-Gesangenenanstalt.

Stuttgart, 25. Februar. Anlässlich des Geburtstages des Königs herrscht heute hier, von prächtigem Wetter begünstigt, ein festliches Treiben in den Straßen. Die Häuser sind reich beflaggt. Fast alle Blätter enthalten Festartikel, in denen übereinstimmend hervorgehoben wird, König Wilhelm habe in der kurzen Zeit seiner Regierung so viel Interesse für Förderung unseres staatlichen Lebens und des Volkswohls bezeugt und mit so viel Ernst und Pflichterfüllung seines hohen Amtes gewaltet, daß mit freudigem Vertrauen das württembergische Volk zu ihm aufstehe. Heute früh war großes Wachen, später Festgottesdienst. Abends findet eine Festvorstellung im Hoftheater statt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. Februar. (W. T. B.) In der heutigen Plenarversammlung der Börsenkammer sprach der Präsident Müller-Nichols der österreichischen und der ungarischen Regierung die besten Glückwünsche zu dem Gelingen des großen Unternehmens der Konversionsoperation aus, welche für beide Staaten von der größten moralischen und sachlichen Bedeutung sei und bleiben werde.

Peft, 25. Februar. (W. T. B.) Abgeordnetensitzung. Im weiteren Verlaufe der Sitzung theilte der Ackerbauminister mit, es sei ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, durch welchen einigen hundert weniger vermögenden Leuten durch Pachtung kleinerer Staatsgüter ein Lebenserwerb gesichert und auf diese Weise eine Ackerbau treibende Mittelschicht geschaffen werde. Derselbe wäre insbesondere auch der Grundbesitz der hohen Geistlichkeit zu verwenden, welche dem Gesetzentwurf prinzipiell zugestimmt habe. Eine große sozialpolitische Frage werde damit für Ungarn gelöst. Die Regierung werde außerdem ein Kolonisationsgesetz einbringen, durch welches sie ermächtigt wird, kleinere Güter anzukaufen und dieselben gegen Ratenzahlungen an Aufsteller zu überlassen.

Belgien.

Brüssel, 26. Februar. (W. T. B.) Heute Vormittag hat das Referendum in der Stadt und den Vororten über das in Belgien einzuführende Wahlrecht unter rege Theilnahme der Bevölkerung begonnen. Die Abstimmung findet über folgende 5 Anträge statt: 1. das mit vollendetem 21. Lebensjahre zustehende aktive allgemeine Wahlrecht (Antrag Jansen); 2. das mit vollendetem 25. Lebensjahre zustehende aktive allgemeine Wahlrecht (Antrag Vervaeke); 3. Ausschluss der Untereliten und derer, welche weder lesen noch schreiben können (Antrag Graux); 4. Abhängigkeit der Wahlberechtigung von dem Zume-

haben einer eigenen Wohnung und dem Nachweis eines gewissen Bildungsgrades (Regierungsvorlage); 5. Ausschluss derjenigen von der Wahlberechtigung, welche keine Volksschulbildung besitzen (Antrag Frere-Orban).

Die Stimmabgabe, welche in Redaktionslokalen, Cafes und anderen öffentlichen Lokalen vorgenommen wird, vollzieht sich bis jetzt in völliger Ruhe und Ordnung; bisher ist keinerlei Zwischenfall vorgekommen. In den Vorstädten wird die Abstimmung um 6 Uhr, im Innern der Stadt um 9 Uhr Abends geschlossen werden.

Brüssel, 26. Februar. (W. T. B.) Die konservative Vereinigung des Arrondissements Brüssel nahm in ihrer heute Abend abgehaltenen Versammlung fast einstimmig eine Tagesordnung an, welche das allgemeine Stimmrecht und die von Graux und Frere-Orban eingebrachten Anträge verwirft.

Brüssel, 26. Februar. (W. T. B.) Bei der Verwaltung des Kongressparks ging heute die Meldung ein, daß Major Dhanis am Kommandirung mit Arabern, die von Sebu, dem Sohne Zippo Tippo's, geführt wurden, zusammengestoßen sei. Die Araber seien in die Flucht geschlagen, 5 Haptinge und 500 Mann gefangen genommen; außerdem seien 600 Rindern erbeutet. Wie ferner gemeldet wird, ist Delcommune mit seinen Gefährten wohlbehalten in Leopoldville angekommen.

Frankreich.

Paris, 24. Februar. (Köln. Ztg.) Die Deirath des Fürsten von Bulgarien wird vom „Figaro“ in einem durchaus bösslichen Artikel und überhaupt in einer Weise besprochen, die deutlich erkennen lässt, daß Fürst Ferdinand, ungeachtet der Gegnerschaft der russischen Regierung, hier doch noch Freunde und Gönner zählt. Nur ganz im Vorübergehen und mit einem einzigen Worte wird das „Schreckensregiment“ erwähnt, das Stambulow in Bulgarien führte. Die Betrachtung, die übrigens neben dem allgemeinen Artigkeit, die zu einem Hochzeitsartikel gehören, noch einen zweiten Theil, der sich mit dem mittheilungswürdigen Urtheil Deutschlands über die bevorstehende Verbindung des Fürsten von Bulgarien mit der Prinzessin von Parma beschäftigt und die „Kölnische Zeitung“ in die Schranken zieht: „Unsere guten Freunde, die Deutschen“, meint der Verfasser, „wären wohl nicht verfehlen, in der bevorstehenden Familienverbindung die Hand des Grafen von Paris zu finden, um die französisch-montenapartische Partei mit Rufen zu befehlen, die dem französisch-russischen Einvernehmen feindlich sein könnten. Im Jahre 1887 habe die „Kölnische Zeitung“ bereits dieses Spiel gespielt, ohne vorauszusetzen, daß die Kronprinzessin des Fürsten Ferdinand eines Tages die Weisheit der deutschen Diplomatie erhalten könne. Sie habe sich damals folgende Berichtigung im Auftrage des Grafen von Paris durch Herrn Bodier zugezogen, die auch heute noch ihr volles Interesse behauptet: „Keiner von den Prinzen, welche die Ehre haben, den Namen Orleans zu tragen, und deren Haupt der Graf von Paris ist, hat unmittelbar oder mittelbar an den von Ihnen hervorgehobenen Handlungen Theil. Diese Prinzen sind stets den Ereignissen fremd geblieben, deren Schamplach die Balkanhalbinsel ist.“ Schließlich wird noch erwähnt, daß im Jahre 1874 bereits der Graf von Paris in London auf der russischen Botschaft dem Zaren Alexander II. die Empfindungen des französischen Königs Hauses bezüglich Russlands und der Rolle, die es im Occident (soll wohl heißen im Orient) zu spielen berufen sei, mitgetheilt habe. Auch wird zum Ueberflus noch bemerkt, daß Fürst Ferdinand auf alle Fälle ein Koburger bleibe und daß die Abkündigung der Mutter daran nichts ändern könne. Es ist sehr erklärlich und ganz interessant, daß die Männer des französischen Königs Hauses sich bei den Erwiderungen einer bis dahin noch nicht laut gewordenen Behauptung ihre Unschuld an allem zu betheuern, was das französisch-russische Einvernehmen nur mit einem Hauche trüben könnte. Es läge nahe, ihnen das Wort: Qui s'exuse s'accuse entgegen zu halten, insofern die ganze Vorgeschichte der neuesten fürstlichen Verbindung ist der „Kölnischen Zeitung“ und der ganzen öffentlichen Meinung in Deutschland durchaus gleichgültig. Man wünscht in Deutschland den Bulgaren wie den andern Fürsten der Balkanhalbinsel Frieden, Ruhe und Ordnung, überhaupt eine gedeihliche Entwicklung, und wenn dazu die Heirath des Fürsten mit einer liebenswürdigen Prinzessin und die Gründung einer Dynastie das Ziege beitragen kann, so sieht man ein solches Ereigniß mit aufrichtiger und ehrlicher Freudigkeit. Und hier liegt auch der Faden des Zusammenhanges, den die Orleansen in ihrer Anempfehlung bezüglich des Jahres 1887 in der Politik der „Kölnischen Zeitung“ vermessen wollten. Nicht die „Kölnische Zeitung“ hat sich seitdem geändert, sondern die Lage der Verhältnisse ist anders geworden als sie bei der Kronprinzessin des Fürsten war. In gewissen fürstlichen Familienkreisen regte sich damals lebhaft die Hoffnung, daß es dem neuen Bulgarenfürsten gelingen könne, zur Verbrüderung mit Russland zu gelangen. Man erinnere sich, daß Fürst Ferdinand zu jener Zeit viel häufiger als heute seine Verwandtschaft mit der Familie seiner Mutter betonte. Die Hoffnung hat sich nicht bestätigt, und der Graf von Paris hat dann jeden Zusammenhang der Prinzen seines Hauses mit der hoffnungslosen Angelegenheit in Abrede stellen lassen. Das Dementiren gehört bekanntlich zu den schönsten Künsten, und es ist im Grunde einerlei, ob es Tanten oder Oheime sind, die sich für eine Sache interessieren haben. Kaiser Alexander III. hat den Sachverhalt genau gekannt, und nicht allein er, sondern auch noch anderer. Sechs Jahre sind seitdem durch das Land gegangen. Bulgarien und sein Fürst haben durch die Art, wie sie schwere Zeiten bestanden und ihre Geschicke geleitet, an Ansehen in Europa gewonnen. Die „Kölnische Zeitung“ aber nimmt heute Bulgarien gegenüber genau denselben Standpunkt ein wie vor sechs Jahren. Sie sieht mit herzlicher Sympathie die strebsame, fleißige Thätigkeit, mit der das junge Staatswesen an seiner inneren Entwicklung und äußern Wohlfahrt arbeitet, und den ruhigen, geordneten Fortschritt zur Erhaltung und festeren Begründung der bestehenden Verhältnisse, sie verurtheilt aufs entschiedenste alle von außen ins Land getragene Störung der Ordnung und friedlichen Thätigkeit, erkennt aber im Uebrigen, was Bulgarien anbelangt, nur die allgemeinen Interessen an der Erhaltung des Friedens an, welche Deutschland in gleichem Maße

auch bezüglich aller andern Länder bezieht, mit denen es nicht durch besondere Bande verknüpft ist.

Italien.

Rom, 25. Februar. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer nahm mit 191 gegen 76 Stimmen den Gesetzentwurf an, durch welchen das Budgetprovisorium auf einen Monat verlängert wird.

Rußland.

Petersburg, 26. Februar. (W. T. B.) Mit Genehmigung des Kaisers ist in ganz Rußland eine Sammlung von Spenden für die Nothleidenden auf der Insel Zante eröffnet worden.

Amerika.

Washington, 26. Februar. (W. T. B.) Auf eine Anfrage des Finanzkomitees des Repräsentantenhauses antwortete der Schatzsekretär Foster, die Lage verdiene eine ernste Prüfung, er empfehle, die Einkünfte um 50 Millionen Dollars zu vermindern, um die Finanzlage zu sichern. Foster gab nicht an, ob die Einkünfte durch eine Anleihe oder durch neue Steuern vermehrt werden sollten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 27. Februar. Da bei der Neuordnung der Straßeneinigung von mehreren Seiten auf die Berliner Straßeneinigung hingewiesen war, so hatte sich Herr Dr. Graßmann privatim an den Schriftführer des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine gewandt und um eine ausführliche Darstellung der in Betracht kommenden Berliner Verhältnisse gebeten. Die mit großer Bereitwilligkeit gegebene Antwort lautet:

Bis zum Jahre 1875 waren sämtliche Straßen, Plätze und Brücken in Berlin städtisches Eigenthum. Die Kosten für Unterhaltung einschließlich Pflaster und Reinigung trug der Staat. In Folge übergrößer Sparmaßnahme war der Zustand der Straßen zu ein unglücklicher und unhaltbarer geworden. Durch Gesetz vom 2. Juli 1875 übertrug der Staat sein Eigenthumsrecht an sämtlichen Straßen, Plätzen, Brücken u. in Berlin mit allen Rechten und Pflichten auf die Stadtgemeinde.

Von Bürgerreigen war hierbei nicht die Rede und ist es noch heute unentschieden, ob die selben unbefristet Eigentum der Hausbesitzer sind.

Während die gesamte Straßenreinigung einschließlich der Schneefahrt durch die Stadt und auf allgemeine Kosten erfolgt und von einer besonderen Abtheilung des Magistrats (der Deputation für das Straßeneinigungswesen, aus 4 Stadträthen und 8 Stadtverordneten bestehend) beaufsichtigt wird, welcher eine selbständige Direktion für Straßenreinigung unterstellt ist, hat die Stadt die Pflicht zur Unterhaltung und Reinigung der Bürgerreigen nicht anerkannt. Trotzdem werden die Bürgerreigen städtisch und kostenfrei durch die Straßenreinigung gereinigt, ausgeschlossen von den Bürgerreigen, ebenso die Befestigung von Glatteis muß von Seiten der Hausbesitzer erfolgen, jedoch nur in der Weise, daß die Schnee- und Eismassen auf den Straßendämmen unmittelbar neben den Bürgerreigen aufzubäumen sind. Die Abfuhr von dem Straßendamm erfolgt auf allgemeine Kosten durch die Straßenreinigung. Demnach haben die Hausbesitzer also lediglich die Verpflichtung, sofort nach Aufhören von Schneefällen die Schneemassen von dem Bürgerreigen auf den Straßendamm zu legen, event. bei Glatteis das Eis aufzukratzen oder durch Bestreuen mit Sand die Glatte zu beseitigen.

Die Straßen sind je nach ihrer Frequenz und Lage in Klassen eingetheilt, die mit den Bürgerreigen entweder täglich, oder wöchentlich 2-3 Mal gereinigt werden.

Auf die Entfernung von Schnee und Eis unmittelbar nach Beendigung des Schneefalles bezu. sofort nach Bildung von Glatteis (außerdem aber bei anhaltendem Schneefall, mindestens an jedem Morgen) in der Zeit von 7 Uhr früh bis Abends 8 Uhr wird mit äußerster Strenge gehalten und jede Nachlässigkeit sofort mit mindestens 3 Mark bestraft. Selbst bei außergewöhnlicher Breite der Bürgerreigen (wir haben solche bis zu 17 Meter Breite, ehemalige Vergärten) wird die Befestigung von Schnee auf der ganzen Breite verlangt.

Der Hausbesitzer in Berlin hat also auf seine Kosten ausschließlich nur den Schnee von Bürgerreigen auf den Straßendamm zu schaffen, sämtliche anderen Kosten trägt die Stadt, ohne Gegenleistung der Hausbesitzer.

Verschiedene Versuche unterseits, die Frage des Eigenthums der Bürgerreigen zu regeln, sind bisher auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen. Die Haftpflicht für Unfälle, das Nutzungsrecht für unterirdische Leitungen (Gas, Wasser, Rohrpost, elektrische Kabel), die Anpflanzung von Bäumen u. s. w. spielen hierbei eine Hauptrolle.

Ihren Diensten u.
Hochachtungsvoll
E. Wallach,
Schriftführer des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine.

Wie die „N. St. Ztg.“ hört, wird der Magistrat demnächst der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, nach welcher der Normallohn, der schon für eine ganze Reihe von Schulen, auch in unserer Provinz, besteht, nummehr auch für die Lehrer der hiesigen hiesigen Schulen vom 1. April an eingeführt werden soll. Diese Nachricht wird gewiß mit allseitiger Befriedigung begrüßt werden. Durch die Einführung des Normallohns wird endlich den berechtigten Wünschen der Lehrer entgegengekommen, und es wird dann in dieser Beziehung die Hauptstadt Pommerns nicht mehr hinter anderen weit weniger leistungsfähigen Städten zurückbleiben.

Die Eisenbahnverwaltung zu Bromberg theilt ihren Arbeitern zur Warnung mit, daß in Stettin kürzlich drei Silberbrennwerke entlassen worden sind, weil sie zu Weibhaken von Kaufleuten Geldgeschenke erbeten oder angenommen haben.

In der evangelischen Kirche der Provinz Pommern sind folgende Personal-Veränderungen zu verzeichnen: Berufen sind: Pastor Riebel in Rostock, D. Dramburg, zum

